BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Westbahnstraße 1 · 76829 Landau

Stadtratsfraktion Landau

Lea Saßnowski

Lea Heidbreder

Fraktionsvorsitzende

fraktion@gruene-landau.de

An
Herrn Oberbürgermeister

Dr. Dominik Geißler

Marktstr. 50

76829 Landau

Landau, 06. Dezember 2024

Ausgleichsbeitrag für sinkende Grundsteuer auf Gewerbegrundstücke

Antrag
Der Steuersatz auf Unternehmensgewinne ("Gewerbesteuer") wird um 0,525 Prozentpunkte auf 15,4% erhöht, um den Beitrag der Unternehmen zur Finanzierung unseres Solidarsystems zu halten. ("Hebesatzpunkte" +15 von 525 auf 540).

Begründung:
Nach fünf Jahren, in denen die Haushaltsplanung sich stetig verbesserte und gute Jahresabschlüsse trotz Krisen erzielt werden konnten, ist der Haushaltsplan für 2025 um zehn Millionen Euro schlechter als der vorausgegangene. Schwerere Krisen wie die Corona-Krise, die Energiekrise in Folge des russischen Angriffskrieges und die damit zusammenhängende hohe Inflation sind bewältigt, aber die wirtschaftliche Entwicklung stagniert. Steigende Kosten bei gleichbleibenden Einnahmen der öffentlichen Hand führen zu dieser Landauer Haushaltssituation. Durch die Landesregierung konnte das geplante Defizit erheblich reduziert werden, während gleichzeitig Möglichkeiten vor Ort nicht genutzt wurden.

Durch eine Änderung der Grundsteuerberechnung werden Landauer Unternehmen um gut 1,5 Millionen Euro entlastet, während diese Summe zukünftig Eigentümerinnen und Eigentümer sowie Mieterinnen und Mietern von Wohnungen und Häusern bezahlen werden.

Als GRÜNE Fraktion schlagen wir deshalb vor, diese 1,5 Millionen Euro zielgerichtet durch die kommunale Steuer auf Unternehmensgewinne, die so genannte "Gewerbesteuer", für den städtischen Haushalt zu sichern.

Zwar wäre eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger direkt wünschenswert, angesichts des Ablaufs bei der Erstellung der Grundsteuerbescheide ist das sinnvoll nicht mehr möglich. Wir werden stattdessen nur drei Vorschläge zur vorgelegten Haushaltsplanung der Großen Koalition machen, schlagen aber vor den Großteil der Summe der Ergebnisverbesserung zuzuführen.

Diese Änderung stellt keine Mehrbelastung dar, sondern eine Verschiebung. Während die höhere Grundsteuer B auf Gewerbeimmobilien in der Vergangenheit auch Unternehmen zahlen mussten, die keine oder kaum Gewinne erwirtschafteten, sind es bei der Gewerbesteuer erfolgreiche Unternehmen. Deren Beitrag zur Finanzierung unserem kommunalen Solidarsystems stiege von knapp 14,9 auf 15,4 Prozentpunkte der Unternehmensgewinne über 24.500 Euro an, bliebe aber in Summe ihres Beitrages angesichts der Entlastung bei der Grundsteuer gleich. Es ist, unserer Auffassung nach, der schlechtere Weg, Privathaushalte in dieser Situation zu belasten, um Unternehmen zu entlasten.

Unser Vorschlag verbessert die Einnahmesituation der Stadt um zirka 1,2 Millionen Euro.

L. Saßnowski

Lea Saßnowski

L. Heid

Lea Heidbreder